

- PRESSEMITTEILUNG -

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erreicht Sie eine Pressemitteilung des Schöneicher Ortsverbandes der Partei DIE LINKE. zur Durchführung einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Polizeistrukturereform der Landesregierung am 15. Dezember 2010.

Für Nachfragen wenden Sie sich bitte per eMail unter dielinke-schoeneiche@gmx.de oder telefonisch unter 0160/94728907 an mich.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz R. Viertel
Mitglied des Vorstandes
DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin

Seit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages der ersten Rot-Roten Landesregierung aus SPD und DIE LINKE. vor über einem Jahr ist die Polizeistrukturereform eines der umstrittensten Projekte in Brandenburg. Forciert wurde sie vor allem seitens der SPD.

Das derzeit größte Problem – es gibt kaum verlässliche Informationen darüber, wie sich die Reform konkret gestalten soll. Da ist die Rede von Wachenschließungen, Stellenabbau und verlängerten Interventionszeiten. Die Spekulationen werden von den Medien zusätzlich angeheizt.

Im Großraum Erkner werden bereits Unterschriften für den Erhalt der dortigen Polizeiwache gesammelt. Wobei noch nicht einmal feststeht, welche Wachen der Polizeireform tatsächlich zum Opfer fallen sollen.

Gerade DIE LINKE. gerät in der Öffentlichkeit wegen der Polizeireform in Bedrängnis. Oft wird gefragt, was die Partei aus welchen Gründen mitträgt.

Der Ortsverband DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin möchte den Bürgerinnen und Bürgern nun eine Antwort auf diese Frage geben.

Dazu wird am Mittwoch, den 15. Dezember 2010, ab 19 Uhr in der Schöneicher Kulturgießerei (An der Reihe 5, 15566 Schöneiche bei Berlin) eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Polizeistrukturereform durchgeführt.

Referent ist Dr. Andreas Bernig, MdL, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg sowie Stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er wird zum Einstieg über die Inhalte und den aktuellen Stand der Umsetzung der Polizeireform informieren. Anschließend gibt es Gelegenheit für Fragen und zur Diskussion.

Mitglieder und SympathisantInnen der NPD sowie sonstiger rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen sind von der Veranstaltung ausgeschlossen. Die Veranstalterin macht von ihrem Hausrecht Gebrauch.